Pressespiegel

Ausgabe: 29.08.2018

Niederrhein DGB

IG Bau beklagt Ende des Baubooms

(RP) Gebremster Bau-Boom: Zwischen Januar und Juni wurde in Duisburg der Neubau von 263 Wohnungen genehmigt. Das sind 4,4 Prozent weniger als im ersten Halbjahr des vergangenen Jahres, wie die IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) mitteilt. Die Gewerkschaft beruft sich dabei auf neueste Zahlen des Statistischen Bundesamts.

Investitionen von insgesamt 40 Millionen Euro planen demnach die Bauherren in Duisburg, um aus den erteilten Genehmigungen neue Wohnungen zu machen. Die IG BAU Duisburg-Niederrhein sieht jedoch Luft nach oben. „Viele Sozialwohnungen sind aus der Preisbindung gefallen – und jetzt mit deutlich höherer Miete auf dem Markt. Gegen den Schwund bei Sozialmietwohnungen und gegen den Mangel an bezahlbaren Wohnungen hilft nur eins: bauen, bauen, bauen", sagt die Bezirksvorsitzende Karina Pfau.

Erschwert werde das Bauen und Planen allerdings durch fehlendes Personal in den Bauämtern. Nach IG BAU-Angaben sank die Zahl der Beschäftigten in den kommunalen Baubehörden in Nordrhein-Westfalen zwischen 1995 und 2010 um 43 Prozent – zwischen 2011 und 2016 dann noch einmal um weitere fünf Prozent. Das hat eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) herausgefunden. Danach kamen auf 1000 Einwohner in Nordrhein-Westfalen zuletzt lediglich rund 0,8 Vollzeit-Beschäftigte in den Bauverwaltungen.

„Der jahrelange Personalabbau in den Ämtern rächt sich in Zeiten einer anziehenden Baukonjunktur besonders", sagt Pfau. Engpässe bei der Planung und Genehmigung führten dazu, dass wichtige Bauprojekte verschleppt würden. Das betreffe auch die kommunale Infrastruktur – wie den Bau von Schulen, Straßen und Krankenhäusern.

Laut DIW geben Städte und Gemeinden im Schnitt 85 Prozent ihrer Investitionen für Bauten aus. „Mangelnde Planungskapazitäten haben daher enorme Auswirkungen auf das Bauen vor Ort", so Pfau. Deshalb sei ein Großteil der Kämmerer auch weiterhin skeptisch, was den Abbau des Investitionsrückstands angehe. Nach einer Umfrage des aktuellen KfW-Kommunalpanels rechnen nur 32 Prozent der Kämmerer noch damit, den Rückstand bei der Verkehrsinfrastruktur in den nächsten fünf Jahren abbauen zu können – trotz einer guten finanziellen Entwicklung in den meisten Kommunen. 68 Prozent erwarten, dass der Investitionsstau gleich bleibt oder anwächst.

RP DU

Pressespiegel

Ausgabe: 29.08.2018

Niederrhein DGB

Halbjahresbilanz: IG BAU fordert mehr Personal für Bauämter

1730 neue Wohnungen in Duisburg und am Niederrhein genehmigt

Gebremster Bau-Boom: Zwischen Januar und Juni wurde in Duisburg und am Niederrhein der Neubau von 1730 Wohnungen genehmigt. Die Gewerkschaft beruft sich dabei auf neueste Zahlen des Statistischen Bundesamts.

Investitionen von insgesamt 245,4 Millionen Euro planen demnach die Bauherren in Duisburg und am Niederrhein, um aus den erteilten Genehmigungen neue Wohnungen zu machen. Die IG BAU Duisburg-Niederrhein sieht jedoch Luft nach oben. „Viele Sozialwohnungen sind aus der Preisbindung gefallen – und jetzt mit deutlich höherer Miete auf dem Markt. Gegen den Schwund bei Sozialmietwohnungen und gegen den Mangel an bezahlbaren Wohnungen hilft nur eins: bauen, bauen, bauen“, sagt Bezirksvorsitzende Karina Pfau.

Erschwert werde das Bauen und Planen allerdings durch fehlendes Personal in den Bauämtern. Nach IG BAU-Angaben sank die Zahl der Beschäftigten in den kommunalen Baubehörden in Nordrhein-Westfalen zwischen 1995 und 2010 um 43 Prozent – zwischen 2011 und 2016 dann noch einmal um weitere 5 Prozent. Das hat eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) herausgefunden. Danach kamen auf 1.000 Einwohner in Nordrhein-Westfalen zuletzt lediglich rund 0,8 Vollzeit-Beschäftigte in den Bauverwaltungen.

„Der jahrelange Personalabbau in den Ämtern rächt sich in Zeiten einer anziehenden Baukonjunktur besonders“, sagt Pfau. Engpässe bei der Planung und Genehmigung führten dazu, dass wichtige Bauprojekte verschleppt würden. Das betreffe auch die kommunale Infrastruktur – wie den Bau von Schulen, Straßen und Krankenhäusern.

Laut DIW geben Städte und Gemeinden im Schnitt 85 Prozent ihrer Investitionen für Bauten aus. „Mangelnde Planungskapazitäten haben daher enorme Auswirkungen auf das Bauen vor Ort“, so Pfau. Deshalb sei ein Großteil der Kämmerer auch weiterhin skeptisch, was den Abbau des Investitionsrückstands angehe. Nach einer Umfrage des aktuellen KfW-Kommunalpanels rechnen nur 32 Prozent der Kämmerer damit, den Rückstand bei der Verkehrsinfrastruktur in den nächsten fünf Jahren abzubauen – trotz einer guten finanziellen Entwicklung in den meisten Kommunen. 68 Prozent erwarten, dass der Investitionsstau gleich bleibt oder anwächst.

Lokalkompass